

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und
Tourismus | Düsternbrooker Weg 94 | 24105 Kiel

Staatssekretärin

An den
Vorsitzenden
des Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Claus Christian Claussen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5115

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Herrn Christian Dirschauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin des
Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
24105 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 08.08.2025
gez. Staatssekretärin Dr. Silke Torp

08. August 2025

**Aktenvorlagebegehren Northvolt; Entstufung von Akten und Unterlagen;
- hier: Umdruck 20/3893**

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

die beiden Ausschüsse haben in der gemeinsamen Sitzung am 02. Juli 2025 beschlossen, verschiedene Umdrucke mit Schwärzungen öffentlich zur Verfügung zu stellen. Entsprechend des zwischen dem Landtag und der Landesregierung vereinbarten Verfahrens (vgl. Umdruck 20/4481 und Umdruck 20/4679) hat die Landesregierung eine vertiefte Prüfung des Umdrucks 20/3893 vorgenommen. Nach Prüfung kann der angehangene Umdruck mit Schwärzungen öffentlich gestellt werden. Die vorgenommenen Schwärzungen berücksichtigen dabei die neue Bewertungsgrundlage, die sich durch die öffentliche Bereitstellung des PwC-Gutachtens in geschwärzter Fassung durch den Bund (Umdruck 20/4945) ergeben hat.

Wie im Ausschuss vereinbart, ist der Umdruck zur besseren Nachvollziehbarkeit unterschiedlich farblich geschwärzt. Folgende Farbe wurde verwendet:

- blau – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Julia Carstens

Anlage:

- Umdruck 20/3893

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus | Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

Herrn Vorsitzenden des
Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Lars Harms, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3893
VERTRAULICH

Herrn Vorsitzenden des
Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Claus Christian Claussen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

VERTRAULICH

nachrichtlich:
Frau Präsidentin des
Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 01.11.2024
gez. Staatssekretärin
Dr. Silke Torp

über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
24105 Kiel

25. Oktober 2024

Besicherung von etwaigen Rückforderungsansprüchen aus der Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF)-Förderung an Northvolt und aktueller Sachstand zur Wandelanleihe

Sehr geehrte Herren Vorsitzenden,

ich möchte den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss sowie den Finanzausschuss über den aktuellen Stand zur Absicherung etwaiger Rückforderungsansprüche im Zusammenhang mit der TCTF-Förderung für das bedeutende Ansiedlungsprojekt Northvolt informieren. Zusätzlich bitte ich den Finanzausschuss um Zustimmung zu dem nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag.

Mit Drucksache 20/1656 hat der Landtag beschlossen, das Ansiedlungsvorhaben Northvolt zu unterstützen und die Landesregierung gebeten, das Vorhaben weiterhin aktiv zu begleiten und die weiteren Verfahrensschritte eng mit dem Bund abzustimmen. Dieser Bitte wurde entsprochen, indem das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gegenüber dem Unternehmen Northvolt Drei Project GmbH am 01.12.2023 einen Zuwendungsbescheid für das Vorhaben „Northvolt Drei“ in Heide erlassen hat.

Die Förderung für das o.a. Projekt wurde als Beihilfe gemäß Artikel 107 Absatz 3 b) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Verbindung mit der Mitteilung der Europäischen Kommission (KOM) 2023/C 101/03 vom 17.03.2023 zum befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine – Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels, im Folgenden „TCTF-Mitteilung“, Abschnitt 2.8 „Beihilfen für die Beschleunigung von Investitionen in Sektoren, die für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft von strategischer Bedeutung sind“, Randnummer 86, gewährt.

Bund und Land bewilligten dem Zuwendungsempfänger als Projektförderung eine nicht rückzahlbare Zuwendung in Höhe von [REDACTED] v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 700.000.000 €. Diese Summe setzt sich zusammen aus bis zu 563.566.499 € aus dem Bundeshaushalt und bis zu 136.433.501 € aus dem Landeshaushalt Schleswig-Holsteins. Die Anteile des Bundes und des Landes an der Förderung stehen stets – auch bei einer etwaigen Reduzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben – im Verhältnis 80,51 zu 19,49. Bislang sind noch keine Auszahlungen unter der Förderung vorgenommen worden.

Gemäß Zuwendungsbescheid des BMWK vom 01.12.2023 ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, dem Zuwendungsgeber zur Sicherung eines etwaigen Rückforderungsanspruchs eine geeignete Sicherheit in Höhe von 90 Prozent der Förderung der Investitionen seines Vorhabens zu stellen, mithin eine Sicherheit i.H.v. 630 Mio. Euro. Die Sicherung muss bis zum Ablauf des Zweckbindungszeitraums [REDACTED] [REDACTED] aufrecht gehalten werden.

Ein Rückforderungsanspruch gegenüber dem Zuwendungsempfänger könnte entstehen, wenn der Zuwendungsempfänger nach einer erfolgten Auszahlung von Fördermitteln die Förderbedingungen gemäß Förderbescheid nicht mehr einhält. Die Befriedigung eines solchen Rückforderungsanspruches müsste dann aus einer Verwertung der Sicherheiten erfolgen, wenn der Förderempfänger nicht in der Lage oder nicht bereit dazu ist, die Rückzahlung vorzunehmen.

Die Möglichkeiten einer Besicherung von Rückforderungsansprüchen aus der TCTF-Förderung an die Northvolt Drei Project GmbH wurde vom BMWK intensiv geprüft und mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) abgestimmt. Die Besicherung soll infolge der Prüfungen und Abstimmungen durch folgende Sicherungsinstrumente erfolgen, die abschließend zwischen dem BMWK und Northvolt zu verhandeln sind:

1) [REDACTED]

2)

Die Sicherheiten werden formal zugunsten des BMWK als Aussteller des Förderbescheides vertraglich vereinbart

Das Verhältnis zwischen BMWK und Land ist in der Ihnen gemäß Umdruck 20/2366 bekannten Verwaltungsvereinbarung geregelt. BMWK und Land stehen auf Basis der Verwaltungsvereinbarung im Gleichrang. Im Falle einer Verwertung der Sicherheiten, welche durch das BMWK oder eine durch das BMWK beauftragte Stelle erfolgen würde, würden die Verwertungserlöse pro rata auf Basis der anteiligen Förderbeträge von BMWK und Land aufgeteilt werden. Eine spätere etwaige Anpassung oder Veränderung der Besicherung bedarf der gemeinsamen Zustimmung von BMWK und dem Land Schleswig-Holstein.

Derartige Rückforderungsansprüche könnten typischerweise auch durch andere Sicherungsinstrumente besichert werden; diese standen in diesem Fall aber aus folgenden Gründen nicht zur Verfügung:

-
-

In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Sicherungsinstrumente und unter Berücksichtigung der individuellen Rahmenbedingungen bei diesem Ansiedlungsprojekt stufen der

Bund und das Land die unter 1) und 2) vorgestellten Sicherungsinstrumente mit den beschriebenen Bewertungsanforderungen als grundsätzlich geeignet ein, um die Auflage der Besicherung von Rückforderungsansprüchen zu erfüllen.

Unabhängig von der zu erfolgenden Besicherung von Rückforderungsansprüchen bleiben die aktuellen Entwicklungen des Northvolt-Konzerns bei der Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen zu berücksichtigen. Das wirtschaftliche Umfeld ist für Produzenten von Autobatterien derzeit infolge eines Nachfragerückganges für Elektroautos herausfordernd; asiatische Hersteller dominieren weiterhin den Markt. Daneben ist es Northvolt noch nicht gelungen, eine kostendeckende Produktion im schwedischen Werk aufzubauen. Auf diese Herausforderungen hat Northvolt mit Restrukturierungsmaßnahmen reagiert, um die Effizienz und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu verbessern (u.a. Verlangsamung der internationalen Expansion, Konzentration auf den Aufbau der Produktion im schwedischen Werk, Stellenabbau in Schweden, Reduzierung der Produktionskapazitäten im schwedischen Werk, Überprüfung der Zeitpläne für die im Bau befindlichen Werke in Heide und Kanada). Über diese Entwicklungen wurden die Mitglieder des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses durch den Deutschland-Geschäftsführer Christofer Haux in zwei Gesprächen am 03. Juli 2024 und am 15. Oktober 2024 informiert.

Das Land Schleswig-Holstein befindet sich zu diesen Entwicklungen in einem engen Austausch mit dem BMWK und auch mit Northvolt selbst. Northvolt hat zuletzt wiederholt bestätigt, auch direkt gegenüber den Ausschussmitgliedern des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, dass am Standort Heide festgehalten werden soll und dieser Standort ein wichtiger Bestandteil der Konzernstrategie sei. Die Bauarbeiten schreiten derzeit planmäßig voran. Northvolt hat daneben allerdings auch mitgeteilt, dass eine Überprüfung der Zeitpläne derzeit stattfindet. Sollten Änderungen bei den Zeitplänen eintreten, die förderrechtliche Auswirkungen auf den Zuwendungsbescheid haben, wäre nach Auskunft des BMWK eine Anpassung des Förderbescheides erforderlich.

Voraussetzung für eine zukünftige Auszahlung von Fördermitteln an die Northvolt Drei Project GmbH wird, insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuell angespannten Situation beim Northvolt-Konzern, die Vorlage eines Rechtsgutachtens der Kanzlei Linklaters LLP sein, das im Auftrag des BMWK erstellt wird. Das Gutachten soll rechtlich klären, ob die finanz- und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse eine Auszahlung der Fördermittel im Einklang mit den förderrechtlichen Vorgaben ermöglichen. Dabei wird auch der Status "Unternehmen in Schwierigkeiten" geprüft.

Zusätzlich führt PWC noch eine aktuelle Unternehmensbewertung durch. Kern der Bewertung werden a) eine Bewertung des Unternehmens und b) eine Bewertung der Grundstücke bei Heide sein.

Alle weiteren Auszahlungsvoraussetzungen des Förderbescheides werden daneben ausführlich geprüft. Über die Auszahlungsvoraussetzungen, die vor einer Auszahlung von Fördermitteln zu erfüllen sind, hatten wir den Finanzausschuss und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss bereits mit vertraulichem Umdruck 20/3493 informiert.

Der Förderbetrag des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von 136.433.501 Euro ist im aktuellen Haushalt eingeplant (unter Titel 0612.00.88101) und soll für den Fall einer Auszahlung in diesem Jahr aus Mitteln des Notkredits „Russischer Angriffskrieg auf die Ukraine“ 2024 finanziert werden.

Der Zeitpunkt der Fertigstellung der für die Auszahlung erforderlichen Gutachten ist derzeit noch nicht belastbar terminiert. Ursprünglich sollte ein erster Bericht von Linklaters LLP zum Rechtsgutachten und die PWC-Unternehmensbewertung bereits im Oktober vorliegen, es zeichnet sich nunmehr jedoch ab, dass die Erstellung mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Sollte daher eine Auszahlung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können, ist die Bereitstellung der Mittel im Haushaltsjahr 2025, gemäß Verwaltungsvereinbarung, zu berücksichtigen.

Ergänzend möchte ich sowohl den Finanz- als auch den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss über den aktuellen Sachstand zur Wandelanleihe informieren. Mit vertraulichem Umdruck 20/2571 vom 18.01.2024 hat der Finanzausschuss dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Abgabe einer Gewährleistungserklärung über die anteilige Absicherung eines KfW-Zuweisungsgeschäfts zugunsten der Northvolt AB (Northvolt) für die Errichtung einer Batteriezellfabrik in der Region Heide zugestimmt. Der Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss hat diesen Umdruck zur Kenntnis genommen.

Sowohl die Verwaltungsvereinbarung als auch die Gewährleistungserklärung wurden am 05.02.2024 von der Landesregierung unterzeichnet. Zwischenzeitlich wurde die Wandelanleihe in Höhe von 600 Mio. Euro vollständig von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an Northvolt AB ausgezahlt und der Betrag vollständig an Northvolt Project Drei GmbH weitergeleitet

Ich bitte den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss sowie den Finanzausschuss, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte den Finanzausschuss, die Einwilligung zur Besicherung der TCTF-Förderung zu erteilen. Das Einvernehmen mit dem Finanzministerium ist hergestellt. Es wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Finanzausschuss stimmt der Besicherung von etwaigen Rückforderungsansprüchen aus der TCTF-Förderung an die Northvolt Drei Project GmbH über die vorgestellten Siche-

rungsinstrumente

zu und ermächtigt den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus und den Minister und Chef der Staatskanzlei, dem BMWK ein entsprechendes Verhandlungsmandat zur Verhandlung und Einrichtung der Sicherheiten mit Northvolt zu erteilen.“

Vor dem Hintergrund der Sensibilität der im Schreiben und in der Anlage enthaltenen Informationen ist diese Vorlage vertraulich zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Claus Ruhe Madsen

Anlage: Entwurf des Term Sheets für die Besicherung von Rückforderungsansprüchen als Verhandlungsgrundlage für die anstehenden Verhandlungen zwischen der Northvolt Drei Project GmbH und dem BMWK

the 1990s, the number of people with a mental health problem has increased in the UK (Mental Health Act 1983, 1990).

There is a growing awareness of the need to improve the lives of people with mental health problems. The Department of Health (1999) has set out a vision of a new mental health system, which will be based on the following principles:

- (i) people with mental health problems should be treated as individuals, with their own needs and wishes;
- (ii) people with mental health problems should be given the opportunity to participate in decisions about their care and treatment;
- (iii) people with mental health problems should be given the opportunity to live in their own homes and communities.

These principles are reflected in the new Mental Health Act (Mental Health Act 2003) and the new Mental Health Review Tribunal (Mental Health Act 2003).

The new Mental Health Act (Mental Health Act 2003) is a landmark piece of legislation, which will bring about a fundamental change in the way in which people with mental health problems are treated. The new Act will give people with mental health problems the right to participate in decisions about their care and treatment, and will give them the right to live in their own homes and communities.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

The new Act will also give people with mental health problems the right to be treated in their own homes and communities, rather than in hospital. This is a major step towards the goal of deinstitutionalisation, which has been a long-standing aim of the mental health services.

the 1990s, the number of people in the UK who are aged 65 and over has increased from 10.5 million to 13.5 million, and the number of people aged 75 and over has increased from 4.5 million to 6.5 million (Office for National Statistics 2000). The number of people aged 85 and over has increased from 1.5 million to 2.5 million in the same period.

There is a growing awareness of the need to address the needs of the elderly population, and the need to ensure that they are able to live independently and safely in their own homes. This has led to a number of initiatives, including the development of home care services, the provision of care packages, and the development of care homes. The aim of this paper is to review the literature on the needs of the elderly population, and to discuss the implications for practice.

Introduction

The elderly population is a growing and diverse group, and it is important to understand their needs in order to provide them with the best possible care. This paper will review the literature on the needs of the elderly population, and discuss the implications for practice.

Needs

The needs of the elderly population are complex and multifaceted, and they vary from person to person. Some of the key areas of need are discussed below.

Physical

Physical needs are those that relate to the body and its functions. As people age, they are more likely to experience physical changes, such as a decline in strength, a decrease in vision, and a loss of hearing. These changes can make it difficult for people to perform everyday tasks, and they may need to be supported in order to maintain their independence.

Psychological

Psychological needs are those that relate to the mind and emotions. As people age, they may experience a range of psychological changes, such as a decline in cognitive function, a loss of interest in life, and a sense of isolation. These changes can be distressing, and they may need to be addressed in order to improve the quality of life.

Social

Social needs are those that relate to the need for contact with other people. As people age, they may experience a loss of social contact, which can be a source of loneliness and isolation. It is important to ensure that people have access to social activities and support groups, in order to maintain their social connections.

Financial

Financial needs are those that relate to the need for money. As people age, they may experience a decline in income, which can make it difficult to meet their financial needs. It is important to ensure that people have access to financial support, in order to maintain their standard of living.

Conclusion

The needs of the elderly population are complex and multifaceted, and they vary from person to person. It is important to understand these needs in order to provide them with the best possible care.

the 1990s, the number of people in the world who are under 15 years of age is expected to increase from 1.1 billion to 1.5 billion (United Nations 1998).

There are a number of reasons why the number of children in the world is increasing. One of the main reasons is that the number of children who are surviving to adulthood is increasing. This is due to a number of factors, including improved medical care, better nutrition, and a decrease in child mortality.

Another reason why the number of children in the world is increasing is that the number of children who are being born is increasing. This is due to a number of factors, including a decrease in the age at which women are having children, and an increase in the number of children who are being born to women who are already having children.

There are a number of challenges that are associated with the increasing number of children in the world. One of the main challenges is that there are not enough resources to care for all of the children. This is particularly true in developing countries, where there is a lack of access to education, healthcare, and other basic services.

Another challenge is that there are not enough jobs for all of the children. This is particularly true in developing countries, where there is a high unemployment rate. This means that many children are forced to work to support their families, which can be a very difficult and dangerous situation.

There are a number of ways that we can address these challenges. One way is to improve access to education, healthcare, and other basic services. This can be done through a number of different methods, including building schools, hospitals, and other facilities, and providing training and support to teachers, doctors, and other healthcare workers.

Another way to address these challenges is to create more jobs for children. This can be done through a number of different methods, including providing training and support to children who are interested in starting their own businesses, and creating more opportunities for children to work in the informal sector.

There are a number of other ways that we can address these challenges. For example, we can provide financial support to families who are struggling to care for their children, and we can provide support to children who are at risk of being abandoned or exploited.

The increasing number of children in the world is a major challenge that we need to address. By taking action now, we can help to ensure that all children have the opportunity to live a better life.

Journal of Child Psychology and Psychiatry, 2008, 49, 101–102
© 2008 The Authors
Journal compilation © 2008 Association for Child and Adolescent Mental Health.

